

Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung

HERFRIED MÜNKLER

I

Das türkische EU-Beitrittsersuchen und das Erfordernis, über den Beginn von Verhandlungen mit der Türkei zu entscheiden, hat die Europäer gezwungen, sich nicht nur mit den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnissen in der Türkei zu beschäftigen, sondern sich auch über die Finalität des europäischen Integrationsprozesses Rechenschaft abzulegen und zugleich die weltpolitische Rolle Europas im Lichte der jüngsten Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten zu bedenken. Wie also wird die Rolle aussehen, die Europa in der Weltpolitik spielen will, spielen kann und spielen muss? Die Differenz zwischen Wollen und Müssen und die Frage nach dem Können ist wohl der Schlüssel, mit dem das Problem des Beitritts oder Nichtbeitritts der Türkei in die Europäische Union anzugehen ist. Dabei steht *Wollen* für die Debatte, wie sie in den zurückliegenden Monaten vor allem in Deutschland geführt worden ist, wobei die Einbindung der Türkei fast durchweg als ein Problem behandelt wurde, bei dem die Europäer nach Belieben darüber entscheiden können, ob der Türkei Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft angeboten werden sollen oder nicht. Dass die Türkei für die politische Positionierung Europas in der Welt von entscheidender Bedeu-

tung sein könne, wurde dagegen selten erwähnt (vgl. Bahr 2004).

In dieser Debatte haben ökonomische Gesichtspunkte, in der Regel der Abstand der Türkei zu den europäischen Durchschnittswerten bei den sozioökonomischen Indikatoren, eine große Rolle gespielt, dazu kulturalistische Fragen, die sich zu meist um die islamische Grundierung der türkischen Gesellschaft drehten, und nicht zuletzt die demokratischen und menschenrechtlichen Standards der EU, bei denen gefragt wurde, ob sie für die Türken in absehbarer Zeit erreichbar seien. Bei allen drei Komplexen, dem sozioökonomischen, dem kulturell-religiösen und dem politisch-verfassungsrechtlichen, ist die Frage nach dem EU-Beitritt der Türkei ebenso bejaht wie verneint worden. Bei der Verneinung hat vor allem der sozioökonomische Abstand der Türkei zu Europa eine entscheidende Rolle gespielt. Die Europäische Union sei, so eines der häufiger zu hörenden Argumente, nach der jüngsten Beitrittsrunde und der in ihr vollzogenen Osterweiterung nicht in der Lage, ein so großes und so rückständiges Land wie die Türkei zu verkraften. Die Grenze der wirtschaftlichen Belastbarkeit der EU, insbesondere im Bereich der Agrarpolitik und der Strukturfonds, sei inzwischen erreicht. In der Regel wurde diesem Argument noch der Hinweis auf die für den Fall eines türkischen EU-Beitritts erfolgende Migration Arbeitssuchender von Anatolien nach Westeuropa hinzugefügt, die zu einer Überlastung insbesondere des deutschen Arbeitsmarkts führen werde. Noch stärker haben kulturalistische Überlegungen, die den religiösen Unterschied zwischen Islam und Christentum ins Zentrum rückten, zu einer Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei geführt. Gegen die Akzentuierung der grundlegenden Unterschiede zwischen Christentum und Islam hat der Hinweis auf die mögliche Brückenfunktion der Türkei zwischen Europa und der islamischen Welt einen nur schwachen Einspruch dargestellt.

Am ehesten noch dürfte das Verhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern des EU-Beitritts der Türkei ausgewogen gewesen sein, wenn das türkische Beitrittsersuchen mit politisch-verfassungsrechtlichen Argumenten ausgemessen worden ist: Dem Hinweis auf Demokratiedefizite der Türkei und Verletzungen der Menschenrechte stand hier das Argument gegen-

über, dass die Türkei mit Blick auf den EU-Beitritt in jüngster Zeit in beiden Bereichen gewaltige Fortschritte gemacht habe und durch eine Entscheidung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen diese Entwicklungen stabilisiert und weiter vorangetrieben werden könnten. Alle Argumente, die in den 70er Jahren für den EU-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands geltend gemacht worden waren, konnten in dieser Debatte nunmehr zugunsten der Türkei angeführt werden: Das zarte Pflänzchen der Demokratie bekomme auf diese Weise einen sicheren Halt, ein Rückfall in eine Militärdiktatur werde im Verband der EU unmöglich sein, und auch die reale Lage der Menschenrechte werde sich auf diesem Wege weiter verbessern. Insgesamt freilich dürften die Gegner eines türkischen EU-Beitritts das Übergewicht gehabt haben. Und auch wenn sie nicht immer die besseren Argumente hatten, so fanden sie doch bei der Bevölkerung den größeren Anklang.¹ Ein deutsches Referendum über den EU-Beitritt der Türkei hätte, wenn es im Dezember 2004 durchgeführt worden wäre, wohl zu einem klaren Nein geführt. Ob die Referenden, die demnächst in einigen europäischen Staaten stattfinden werden, zu einem anderen Ergebnis führen, bleibt abzuwarten.

Die Argumentationslage ändert sich freilich, wenn man die Frage des europäischen Wollens der türkischen EU-Mitgliedschaft durch die einer europäischen *Angewiesenheit* auf die Türkei ergänzt, wenn es also nicht nur darum geht, ob die Europäer den türkischen Beitritt mit Blick auf die damit verbundenen sozioökonomischen, kulturell-religiösen und politisch-verfassungsrechtlichen Herausforderungen wollen, sondern ob sie nicht vielmehr die Einbindung der Türkei als vollberechtigter Partner in die EU aus geopolitischen Gründen anstreben müssen, weil sie sonst riskieren würden, dass sich an der Südostflanke der EU in absehbarer Zukunft ein Krisenherd entwickelt, der ohne die Türkei nicht erfolgreich zu bearbeiten ist. Das geopolitische Argument hebt also wesentlich auf die Sicherheit Europas und die Stabilität seiner Peripherie ab. Dabei geht es davon aus, dass sich die Europäer auf Dauer nicht aus den Konflikten des Nahen und Mittleren Ostens heraushalten können, sondern im Gegenteil aus wohlverstandenen Eigeninteresse in diesen Konflikten eine konstruktive Rolle spielen müssen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die Türkei fest in die Europä-

ische Union eingebunden ist und es der muslimischen Welt in-
folgedessen unmöglich ist, Europa als einen ihr kulturell-
religiös fremden Akteur zurückzuweisen.²

Das europäische Gesamtinteresse an der politischen Stabili-
tät des Nahen und Mittleren Ostens beruht auf drei Teilinteres-
sen: *erstens* der Vermeidung oder zumindest doch Eingrenzung
von Kriegen, welche zwangsläufig auch die Europäer betreffen
werden – entweder weil sie nach Europa übergreifen oder weil
die Europäer bei friedensstiftender Intervention immer tiefer in
diese Kriege hineingezogen würden. *Zweitens* der Vermeidung
bzw. Unterbindung von Flüchtlingsströmen nach Europa, die
zu einem notorischen Begleiter von Kriegen im Zeitalter der
Globalisierung geworden sind und bei einem größeren Krieg in
der Region Europa zwangsläufig in Mitleidenschaft ziehen
würden. Die Flüchtlingsbewegungen, mit denen sich Europa
(und insbesondere Deutschland) während der jugoslawischen
Zerfallskriege konfrontiert sah, wären dann nur ein kleiner
Vorgeschmack auf das in diesem Fall zu Erwartende gewesen.
Drittens geht es um die Sicherheit und Zuverlässigkeit der eu-
ropäischen Energieversorgung, die nicht nur ein ökonomisches,
sondern auch ein sicherheitspolitisches Problem darstellt. In
dieser Frage sollte Europa weder von den konkurrierenden In-
teressen der USA noch von den Launen arabischer Potentaten
abhängig sein, bzw. es sollte realisieren, dass es sich solche Ab-
hängigkeiten nicht länger leisten kann. Diese Abhängigkeit mag
in der Zeit des Ost-West-Konflikts verkraftbar gewesen sein, als
die angenommene oder tatsächliche kommunistische Bedro-
hung die USA, Europa und die arabische Welt in eine Zwangs-
solidarität hineindrängte. Auch das hat sich mit dem Ende des
Ost-West-Konflikts verändert.

Diejenigen, die in der zurückliegenden Türkei-Debatte die
Beitrittsfrage als eine allein des europäischen Wollens traktiert
haben, haben die seit den 90er Jahren grundlegend veränderten
weltpolitischen Konstellationen nicht in Rechnung gestellt und
sind statt dessen davon ausgegangen, das im Schatten des ame-
rikanischen Schutzes entstandene und aufgewachsene Europa
befinde sich auch weiterhin in dieser komfortablen Position.
Das ist aus vielerlei Gründen jedoch nicht mehr der Fall. Drei
davon seien hier besonders genannt: Da ist erstens das verän-
derte Verhältnis der USA zu Europa, das zunehmend als si-

cherheitspolitischer Kostgänger und ökonomischer Konkurrent wahrgenommen wird. Die Zeiten, in denen (West-)Europa und die USA ganz selbstverständlich eine Interessen- und Wertegemeinschaft darstellten, sind vorbei. Was geblieben ist, sind gemeinsame Werte, während die Interessen oft divergieren. Organisatorisch hat dies in der Osterweiterung der Nato seinen Niederschlag gefunden, bei der die Aufnahme neuer Mitglieder aus dem postsowjetischen Raum nur einen Aspekt darstellte, während der andere in der Abstreifung jener Selbstfesselungen bestand, die sich die USA in den alten Nato-Strukturen mit guten Gründen auferlegt hatten. Im Vorfeld des jüngsten Golfkrieges ist deutlich geworden, dass die USA die fortgesetzte sicherheitspolitische Kostgängerei der Europäer durch politische Gefolgschaft und finanzielle Unterstützung beglichen wissen wollen (vgl. Münkler 2003: 139ff.). Robert Kagan hat dies in der Formel zusammengefasst, »dass die USA ›das Essen zubereiten‹ und die Europäer ›das Geschirr abwaschen‹« (Kagan 2003: 28). Dieser Preis für die sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas von den USA dürfte auf Dauer zu hoch sein. Die Einbindung der Türkei in die EU ist eine zentrale Voraussetzung für eine selbständige Sicherheitspolitik der Europäer.

Zum Erfordernis einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik hat auch die Vergrößerung der EU in den letzten Jahren beigetragen. So folgte auf die Süderweiterung die Nord-erweiterung und schließlich die Osterweiterung der EU, in deren Gefolge das ursprünglich nur wirtschaftlich integrierte Europa der Sechs zu einer politischen Größe geworden ist, die sich einen weltpolitischen Platz suchen muss – ob sie dies nun will oder nicht. Die Zeiten, in denen sich die Europäer politisch unsichtbar machen konnten und in den Konstellationen des den Kontinent in zwei Hälften spaltenden Ost-West-Gegensatzes verschwanden, sind endgültig vorbei, auch wenn diejenigen, die die Türkei-Debatte als einen des reinen Wollens der Europäer geführt haben, dies entweder noch nicht gemerkt haben oder aber nicht wahrhaben wollen. Um es zuzuspitzen: Die Europäische Union muss im 21. Jahrhundert eine weltpolitisch bedeutsame Rolle spielen, oder sie wird im Verlauf der ersten beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts scheitern, das heißt: wieder in die Bestandteile zerfallen, aus denen sie gebildet worden ist.

Tatsächlich haben die Europäer das Glück gehabt, sich in aller Ruhe auf diese Herausforderung vorbereiten zu können, insofern der Ost-West-Konflikt eine Verlangsamung, wenn nicht Stillstellung der weltpolitischen Abläufe darstellte. Ob die Europäer diese Zeit wirklich genutzt haben, ist freilich eine andere Frage. Jedenfalls hat sich während des Ost-West-Konflikts in den politischen Klassen einiger europäischer Länder die Vorstellung herausgebildet, man habe für Entscheidungsprozesse welcher Art auch immer unendlich viel Zeit zur Verfügung und könne sich dementsprechend bei der Entschlussfassung verhalten. Dass diese Konstellationen nicht mehr vorhanden waren, haben die Europäer erstmals während der jugoslawischen Zerfallskriege erfahren müssen, als sie zu spät reagierten, um die Massaker und Vertreibungen zu verhindern, und schließlich auf die Amerikaner angewiesen waren, um dem Morden ein Ende zu machen. Diejenigen, die das türkische Beitrittsersuchen zur EU als eine Frage verstanden haben, bei der es wesentlich um kulturell-religiöse Probleme geht, haben diese Verknappung der Zeitressource nicht hinreichend wahrgenommen.

Es sind Entwicklungen auf Seiten der USA, Veränderungen bei den Europäern und schließlich eine allgemeine Akzelerierung der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, die eine Bearbeitung des türkischen Beitrittsersuchens allein aus der Binnenperspektive der Europäer als kurzsichtig und letzten Endes verhängnisvoll erscheinen lassen. Wahrscheinlich kann man sagen, dass dies die spezifische Sicht jener zwei Generationen darstellt, für die das geeinte Europa die politische Antwort auf die den Kontinent verwüstenden Kriege während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Das waren in der Tat die Antriebskräfte, aus denen der europäische Einigungsprozess erwachsen ist und die ihn auch lange Zeit getragen und vorangetrieben haben. Will man es knapp auf den Punkt bringen, so diente der Prozess der wirtschaftlichen Verflechtung über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg, der am Anfang der europäischen Vereinigung stand und nicht erst mit der Gründung der EWG, sondern bereits mit den Montanverträgen begann, der Lösung eines europäischen Binnenproblems: der Bändigung Deutschlands, das seit der Bismarck'schen Reichsgründung aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht, seiner Be-

völkerungszahl und seiner militärischen Stärke der potentielle Hegemon Europas war.

Durch die Teilung Deutschlands im Gefolge des Zweiten Weltkriegs hatte das Problem zwar einiges an Virulenz verloren, doch stellte auch die alte Bundesrepublik das wirtschaftlich wie demographisch bei weitem stärkste Land der EWG wie der EG dar. Das hat sich mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nochmals verstärkt. Es kommt nicht von ungefähr, dass parallel zur deutschen Vereinigung auch der europäische Integrationsprozess erheblich an Dynamik gewonnen hat – vom Schengen-Abkommen bis zur Euroeinführung und parallel dazu von der Stärkung des Parlaments bis zum Entwurf einer europäischen Verfassung. Deutschland ist durch seine Einbindung in das verfasste Europa aus einem politischen Paria, der es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war, in einen gleichberechtigten Mitgliedsstaat Europas zurückverwandelt worden, und dieser Doppelprozess, die Bändigung wie die Wiedereingliederung Deutschlands, hat lange die Fortschritte der europäischen Integration getragen und stabilisiert. Aber aus der Lösung des Binnenproblems ist mit der Zeit ein Außenproblem erwachsen: Das geeinte Europa wurde zum Erfolgsmodell, und immer mehr Staaten suchten sich diesem Modell anzuschließen. Was als eine Gemeinschaft der Sechs begonnen hat, ist inzwischen zu einem Verband aus fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten geworden, und es ist nicht absehbar, dass es damit sein Bewenden haben wird. Die Sorge über diese Entwicklung, die überaus berechtigt ist, hat sich zuletzt mit dem Beitrittswunsch der Türkei verbunden, und nicht zuletzt im Gefolge dieser Verbindung hat die Türkei-Debatte eine Dynamik erlangt, die wenige Monate zuvor noch unverstellbar gewesen wäre.

II

Europa ist ein Kontinent mit unklaren geographischen Grenzen,³ und selbst dort, wo die geographischen Verhältnisse eher klar sind und eindeutige Demarkationen nahe legen, werden die geographischen Grenzen von kulturellen und politischen Verbindungen überlagert. Europa ist ein Kontinent der unscharfen Grenzen, und das gilt vor allem für die östlichen und

südlichen Grenzen. Eher unproblematisch ist die europäische *Nordgrenze*: Der Norden Skandinaviens markiert eine Grenze, deren Bedeutung nicht in Frage steht und hinter der es keine weiteren Beitrittskandidaten gibt. Um einiges problematischer ist dagegen die europäische *Westgrenze*, auch wenn sie geographisch klar und unfraglich zu sein scheint. Erst jüngst hat der britische Historiker Garton Ash darauf hingewiesen, dass Großbritannien, das geographisch zweifellos zu Europa gehöre, sich sprachlich sehr viel stärker den USA verbunden fühle (vgl. Garton Ash 2004: 28ff.). Die Regierung Blair hat diese Ambivalenz dadurch handhabbar zu machen versucht, dass sie Großbritannien eine Brückenfunktion zwischen Europa und den USA attestierte. Dementsprechend ist sehr bald auch von einer Brückenfunktion der Türkei gesprochen worden, die das zentrale Verbindungsglied zwischen Europa und der islamischen Welt darstellen könne. Wie tragfähig auch immer solche Brücken sein mögen – sie zeigen an, dass hier, aus welchen Gründen auch immer, das Interesse eher an Grenzüberschreitung als an Grenzziehung besteht und dass es Länder gibt, die sich klaren Grenzziehungen entziehen. Im Westen ist dies mit Großbritannien, zumindest bei dessen konservativem Teil, ganz eindeutig der Fall.

Noch sehr viel undeutlicher ist die *Ostgrenze* Europas. Paul Valéry hat von Europa als Vorgebirge Asiens gesprochen, und im Verlaufe ihrer Geschichte haben die Europäer immer wieder mit großer Besorgnis auf ihre Ostgrenze geschaut, an der es in unregelmäßigen Abständen zu massiven Invasionen aus der innerasiatischen Steppe gekommen ist. In geschichtlichen Zeiten beginnt dies bei der Völkerwanderung, die schließlich das Römische Reich im Westen zertrümmerte, und reicht bis zu den verschiedenen russischen Reichsbildungen, in deren Gefolge die europäische Ostgrenze in Bewegung kam. Dabei standen den Vorstößen aus der asiatischen Steppe nun europäische Versuche gegenüber, den eigenen Einflussbereich nach Osten hin auszudehnen und auf diese Weise die europäische Ostgrenze vorzuschieben. Gerade den russischen Reichsbildungen kam dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Die Frage der europäischen Ostgrenze, die geographisch kaum zu beantworten ist, ist demgemäß eine wesentlich *politische* Frage; ihre Beantwortung ist davon abhängig, als was Russland jeweils wahrgenommen

worden ist: als eine eher europäische oder eine eher asiatische Macht.⁴ Hatten die antiken Geographen die Ostgrenze Europas auf den Don gelegt, so haben die Geographen des 18. Jahrhunderts in Reaktion auf die Reformen Peters des Großen die Ostgrenze Europas bis zum Uralgebirge und zur Wolga vorverlegt, wodurch Russland zu einem europäischen Staat wurde. Das Beispiel zeigt, dass auch geographische Grenzziehungen politisch-kulturell imprägniert sein können.

Geographisch ist die europäische *Südgrenze* durch das Mittelmeer markiert, jenseits dessen Afrika beginnt. Wer sich auf diese Grenzziehung als eine für die Europäische Union verbindliche Markierung beruft, übersieht, dass in der Antike das Mittelmeer keine Grenze, sondern einen Verbindungsraum darstellte und dass es erst der arabische Vorstoß des 7./8. Jahrhunderts war, der Europa aus dem mittelmeerischen Raum heraus- und in den Nordwesten zurückdrängte.⁵ Aber diese politisch-kulturelle Zurückdrängung Europas war nur von begrenzter Dauer, gelang es den europäischen Handelsmächten doch seit dem 11./12. Jahrhundert, die Araber zurückzuwerfen und in der Zeit der Kreuzfahrerstaaten sogar im östlichen Mittelmeer wieder Fuß zu fassen. Das Mittelmeer blieb ein zwischen Europäern und Türken, Ägyptern sowie Nordafrikanern umstrittener Raum. So waren im Zeitalter des Kolonialismus viele europäische Mächte damit beschäftigt, die gegenüberliegende Küste zu gewinnen und dort Kolonien zu errichten. Die europäische Kontrolle über die afrikanische Nordküste endete mit dem Zusammenbruch der Kolonialherrschaft im Verlauf der 50er Jahre, aber entgegen der Vorstellung, damit sei Europa wieder in seine natürlichen Grenzen zurückgekehrt, geht das Wechselspiel von Vorstoß und Rückzug hier durchaus weiter: Der ökonomischen Durchdringung des nordafrikanischen Raums von Seiten der Europäer stehen in wachsendem Maße Flüchtlingsströme gegenüber, die von Nordafrika nach Europa gelangen.

Der heikelste Bereich der europäischen Grenzen liegt aber im *Südosten*, wo sich die drei Kontinente Europa, Asien und Afrika überlappen: In einem weiteren Sinn handelt es sich dabei um den unteren Balkan, Kleinasien sowie den Nahen und Mittleren Osten, die in unterschiedlicher Intensität während der letzten Jahrzehnte ein Krisen- und Konfliktgebiet darstellen,

das mit dem nach 1945 friedlich gewordenen Europa scharf kontrastiert. In der Terminologie Robert Coopers könnte man sagen, dass hier moderne sowie postmoderne und prämoderne Formen von Staatlichkeit aufeinander stoßen (vgl. Cooper 2004). Die starre Fixierung auf die geographische Grenze am Bosphorus, wie sie in vielen Debattenbeiträgen angemahnt wurde, verfehlt die intensiven Verbindungen, die Europa klassisch in diesen Raum hinein hatte. Athen und Jerusalem markieren dabei die Orte, aus denen sich die europäische Identität herleitet. Wer darauf Wert legt, Europa als christlich zu bezeichnen, wer womöglich gar von Europa als christlichem Abendland spricht (vgl. Faber 1979), sollte nicht übersehen, dass die Entstehung des Christentums von der Jerusalemer Jesusgemeinde bis zu einem Großteil der Aufenthalte und Briefe des Apostels Paulus ein nahöstlich-kleinasiatischer Vorgang gewesen ist. Die emphatischen Vertreter eines christlichen Europa haben in der Debatte über die kulturellen und politischen Grenzen Europas die Ursprünge ihrer Religion zu einem außereuropäischen Vorgang gemacht. Aber das politisch Entscheidende an der südöstlichen Flanke Europas ist die bis weit nach Europa hineinreichende Instabilität dieser Region, die den Raum des ehemaligen Jugoslawien umfasst und sich einerseits bis zum Schwarzen Meer, andererseits in den Nahen Osten hinein ausbreitet. Spätestens mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahre 2007 wird die EU bis weit in diese Zone der politischen Instabilität und wirtschaftlichen Rückständigkeit hineinreichen.

Der Blick in die Geschichte dieses Raums am Überlappungsbereich dreier Kontinente zeigt obendrein, dass er eine Brutstätte für ausgreifende Reichsbildungen, aber auch für Konflikte und Kriege darstellt, die bereits in der Antike ideologisiert wurden, indem sie als ein Zusammenstoß von Ost und West, Despotie und Freiheit dargestellt wurden. Später stellten dann das Byzantinische und anschließend das Osmanische Reich Großmachtbildungen in diesem Raum dar, die sich fast immer in einer Konkurrentenrolle zu Westeuropa begriffen. Und als seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Osmanische Reich in eine Periode lange wählender Agonie eintrat, waren die west- und mitteleuropäischen Staaten darum bemüht, durch Militärinterventionen die in diesen Raum hinein expandierende russische Macht zu blockieren und vom Mittelmeer fernzuhal-

ten. Im Krimkrieg haben Frankreich und Großbritannien diese Rolle gespielt, von der Jahrhundertwende bis zum Ende des Ersten Weltkriegs ist sie von Deutschland übernommen worden. In der Zeit des Kalten Krieges schließlich war neben der Bundesrepublik Deutschland die Türkei der geopolitisch wichtigste Nato-Verbündete – was die USA im Unterschied zu vielen Europäern immer gewusst haben.

Der Blick auf die geographischen und kulturellen Grenzen Europas zeigt also, dass die EU ihren weiteren Ausbau weder an geographisch noch kulturell eindeutigen Grenzen orientieren kann. Europa hat weder klare Grenzen noch eine fraglose Identität. Selbst der Rekurs auf das Christentum bleibt unzulänglich, ist für dieses doch die Spaltung in die lateinische und die orthodoxe Christenheit zentral, was nicht nur bedeutsam war für die Trennung von geistlicher und weltlicher Macht, die in der lateinischen Christenheit mit dem Ausgang des Investiturstreits vollzogen war, während die östliche Christenheit weder in Konstantinopel noch in Moskau eine ähnliche Entwicklung vollzogen hat.⁶ Aber selbst wenn man daraus die Konsequenz zieht und die europäische Identität auf die lateinische Christenheit, also das Abendland, beschränkt, so bliebe doch das Problem der konfessionellen Spaltung in Katholizismus und Protestantismus, die nicht nur in politisch-kultureller Hinsicht erhebliche Spuren hinterlassen hat. Mindestens ebenso bedeutsam wie die christliche Grundierung der europäischen Kultur ist nämlich die Neutralisierung der konfessionellen Gegensätze im politischen Ordnungsmodell des Territorialstaats, der sich von einer wesentlich religiösen Fundierung seiner Ordnungsansprüche befreit und dadurch säkularisiert hat.⁷

III

Lange Zeit ist in der Politikwissenschaft auf den Unterschied zwischen den beiden wichtigsten Organisationsformen des Politischen kein großer Wert gelegt worden: der Differenz zwischen Staat und Imperium (vgl. Münkler 2004, 2005). Man ging im Allgemeinen davon aus, dass Imperien so etwas wie große Staaten seien und sie ansonsten keine weiteren Unterschiede aufwiesen. Tatsächlich unterscheiden sich Staaten und Impe-

rien jedoch in der Ordnung ihrer Grenzen, so dass die Art der Grenzziehung gleichsam zum Lackmustest für die Frage werden kann, ob wir es mit einem Staat oder einem Imperium zu tun haben. Insbesondere der Nationalstaat, der sich in Europa im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts durchgesetzt hat, konstituiert sich durch eine Strategie systematischer Grenzbündelung. Nationalstaatliche Grenzen sind nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch sprachliche und kulturelle Grenzen. Die Grenzen des Nationalstaats sind überdeterminiert, und sein politisches Projekt ist die Durchsetzung dieser Grenzbündelung, notfalls auch mit Gewalt. Um die Frage des Grenzverlaufs sind nicht wenige Kriege geführt worden.

Im Gefolge dieser Grenzbündelung hat mit dem europäischen Nationalstaat ein ungemein handlungsfähiger Akteur die politische Bühne betreten, und diese Handlungsfähigkeit ist ihm nicht zuletzt aus der durch die Grenzbündelung entstandenen Homogenisierung im Innern erwachsen. Vor allem hinsichtlich der inneren Solidarität hat der Nationalstaat alle mit ihm konkurrierenden politischen Ordnungen übertroffen, wobei diese Solidarität sowohl in der Form des Sozial- und Wohlfahrtsstaats als auch in der Mobilisierung der Bevölkerung für die Führung von Kriegen ausmünzbar war. An diesen Mobilisierungsdefiziten sind die alten Reiche bzw. Imperien in der Konfrontation mit dem Nationalstaat gescheitert. Am Ende des Ersten Weltkriegs waren die drei großen Reiche, die bis dahin den mittel- und osteuropäischen Bereich sowie den Raum vom Balkan bis in den Mittleren Osten beherrscht hatten, von der politischen Landkarte verschwunden: Die Donaumonarchie ist gänzlich zerfallen, das Osmanische Reich hat sich auf seinem alten Kerngebiet als Türkei reorganisiert, und das zarische Russland ist in verkleinerter Gestalt und mit radikal verändertem Selbstverständnis als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wiedergekehrt. In den postimperialen Räumen Mitteleuropas kam es anschließend vom Baltikum bis zum Balkan zur Bildung von Nationalstaaten, die nach dem westeuropäischen Vorbild nun eine Grenzbündelung betrieben, die entweder auf massive ethnische Vertreibungen oder eine Politik der Diskriminierung nationaler Minderheiten hinauslief (vgl. Diner 1999). Eine demokratische Organisation dieser im postimperialen Raum entstandenen Nationalstaaten scheiterte und wurde

durch eine Melange aus Partei- und Militärdiktaturen abgelöst. Die Politik nationalstaatlicher Grenzbündelung hat in Mitteleuropa zunächst zu erhöhter Instabilität geführt. Den neoimperialen Entwürfen der Diktatoren Hitler und Stalin für diesen Raum, die in den Geheimabkommen vom August 1939 festgeschrieben wurden, erwuchs eine Durchsetzungschance nicht zuletzt aus dieser Instabilität.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde, freilich begrenzt auf Westeuropa, mit der Entwicklung der EWG eine andere Lösung gesucht: Zwar wurde das nationalstaatliche Ordnungsmodell im Prinzip beibehalten, aber durch die systematische Entflechtung von politischen und wirtschaftlichen Grenzen in seiner Konfliktdynamik und Konflikintensität deutlich abgeschwächt. Die Grenzentflechtung und damit verbunden die Auflösung scharf ausgebildeter politisch-kultureller Identitäten galt als der Königsweg zur Überwindung des europäischen Problems gesteigerter Belligerenz. Europa beschritt in den 60er und 70er Jahren einen »dritten Weg« zwischen Nationalstaat und Imperium, insofern es Elemente von beidem in einer originellen Weise miteinander vermischte. Aber das Modell des Nationalstaates saß offenbar zu fest in den Köpfen der politischen Klassen Europas, so dass sich der Prozess der europäischen Vereinigung seit Ende der 70er Jahre wieder auf eine Bündelung der unterschiedlichen Grenztypen an den europäischen Außengrenzen zubewegte. Das Modell der Grenzdiversifikation wurde zunehmend durch eine neuerliche Grenzbündelung in den Entwürfen der Finalität Europas abgelöst. Die Folge dessen sind inzwischen scharfe und harte Brüche an den europäischen Außengrenzen, die mittlerweile zu Exklusionsgrenzen geworden sind. Im Ergebnis erwachsen regelmäßig an den neuen EU-Außengrenzen weitere Beitrittswünsche, in deren Gefolge dann Beitrittsrunde auf Beitrittsrunde wellenförmig aufeinander folgen. Es ist, wenn man es zuspitzen will, die Politik der Grenzbündelung von Seiten der Europäischen Union, die den permanenten Prozess der EU-Ausdehnung in Gang gesetzt hat und die mittelfristig zu einer Überlastung der Steuerungs- und Integrationsfunktion der EU führen dürfte.

Eine Alternative hierzu ist das Modell der imperialen Ordnung, das auf einer Diversifikation der verschiedenen Grenzlinien besteht. Imperien stellen sich, was Integration und Homo-

genität anbetrifft, als Ordnungen der um ein Zentrum gelegten Ellipsen und Kreise dar. Imperien bestehen aus einem Kern, Zentralbereichen, die durch die inneren Ringe markiert werden, den Randbereichen der äußeren Ringe und der Peripherie. Die Folge dessen ist, dass Imperien keine harten Brüche an ihren Außengrenzen kennen, sondern eher fließende Übergänge, was sie als flexible Ordnung charakterisiert. Ein an dieser imperialen Ordnung orientiertes Expansionsmodell der Europäischen Union haben sich die Politiker und ihre Berater jedoch nicht zu denken, geschweige denn davon zu sprechen getraut. Dafür war die Erinnerung an die Epoche des außereuropäischen Kolonialismus und der als imperialistisch wahrgenommenen Kriege innerhalb Europas noch zu frisch. Und doch hätten aus dieser Form von Grenzziehung und Integration genau die Anregungen gewonnen werden können, die den Prozess der Neuordnung Europas deutlich flexibler gestaltet hätten, weil sie nicht auf die Alternative von Vollmitgliedschaft oder Assoziation beschränkt geblieben wären.

Als einige aus der CDU-Spitze dann mit dem Vorschlag einer »privilegierten Partnerschaft« für die Türkei aufkamen, was im Prinzip eine Zwischenform von Assoziation und Vollmitgliedschaft war, machten sie den verheerenden Fehler, diesen Status allein auf die Türkei zu beschränken. Richtig wäre gewesen, dieses Modell gestufter Integration beispielsweise auch auf die Slowakei, Rumänien und Bulgarien anzuwenden und es als Perspektive für Osteuropa und Nordafrika zu entwickeln. Unter diesen Umständen wäre ein solches Angebot an die Türkei nicht auf eine bloße Briskierung hinausgelaufen, die von den Türken als Zuschlagen der europäischen Tür empfunden werden musste. Obendrein hätte die Diskussion über die allmähliche Abflachung der äußeren Ränder der EU unter keinen Umständen mit kulturalistisch-religiösen Begründungen aufgefüttert werden dürfen. Vor allem aber hätte die Abflachung der äußeren Ränder mit einer Stärkung des Zentrums verbunden werden müssen, und die alte Metapher von der Achse Paris-Bonn/Berlin hätte ein sehr viel realeres Gewicht erlangen müssen. Die Grenzdiversifikation, die im Falle des Schengen-Abkommens oder des Euro-Raums ja durchaus funktioniert, hätte auch bei der Verteilung der politischen Gewichte ins Spiel gebracht werden müssen. Das hätte obendrein den Vorteil ge-

habt, dass sich London dann hätte entscheiden müssen, ob es in Europa die erste Geige spielt oder im Verhältnis zu den USA den Platzanweiser im Zuschauerraum abgibt.

IV

Der seit einigen Jahren auf dem Aus- und Umbau Europas lastende Zeitdruck ist nicht zuletzt daraus erwachsen, dass es den »Westen« als einen durch geteilte Werte und gemeinsame Interessen zusammengehaltenen politisch-kulturellen Raum nicht mehr gibt. Es ist bezeichnend, dass in letzter Zeit der Westen als Wertegemeinschaft, aber nicht mehr als Interessengemeinschaft apostrophiert wird. Gleichzeitig wird er durch die Hinzunahme einer Reihe ostasiatischer Staaten weiter ausgedehnt. Objektiv liegt diese Entwicklung im Interesse der USA, insofern sie dem Hegemon der westlichen Welt ein Reservoir potentieller Partner für einzelne Unternehmungen zur Verfügung stellt, aus denen der nach seinem Belieben *coalitions of able and willing* zusammenstellen kann. Diese Entwicklung, die kurzzeitig im Vorfeld des Irakkrieges zu heftigen Debatten über das Verhältnis zwischen Europa und den USA geführt hat, kann langfristig nicht im Interesse der Europäer liegen. Aktuell verlieren sie gegenüber den USA an politischem Gewicht und Einfluss.

Dem steht gleichzeitig die Tatsache gegenüber, dass Europa heute geopolitisch mehr ist als ein bloßer Anhang des amerikanischen Sicherheits- und Schutzschildes, der es objektiv in der Zeit des Ost-West-Konflikts war.⁸ Das Ende der Teilung des Kontinents und der Zusammenbruch der Sowjetunion als Weltmacht hat Europa zu einem *potentiell* selbständigen Akteur der Weltpolitik aufrücken lassen. Diese Position richtet sich nicht zwangsläufig gegen die USA, aber sie verschafft die Möglichkeit, dass sich die Europäer nicht länger zwingend im Nachtrab der USA bewegen. Gerade aus dieser Nachtrabposition hat in der Vergangenheit der rechte wie linke Antiamerikanismus in Deutschland seine Kraft bezogen. Eine stärkere Selbständigkeit der Europäer gegenüber den USA ist auch darum vonnöten, weil für die USA der atlantische Raum in Zukunft nicht länger prioritär sein wird und er bereits jetzt gegenüber dem pazifischen Raum einen merklichen Bedeutungsverlust erlitten

hat. Europa wird in Zukunft stärker auf sich selbst gestellt sein, und in dieser Situation wird alles darauf ankommen, dass es diesen Herausforderungen gewachsen ist. Die Einbindung der Türkei in eine außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähige EU wäre eine zentrale Voraussetzung dafür.

Der Wiederaufstieg Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist nicht zuletzt der Entstehung großer postimperialen Räume an seinem östlichen Rand geschuldet, in die hinein es sich im Verlauf der 90er Jahre ausgedehnt hat und die mit der jüngsten Beitrittsrunde Teil der EU geworden sind. So konnte die in postimperialen Räumen ansonsten immer wieder zu beobachtende Krisenentwicklung vermieden werden: Der Raum zwischen Lettland und Ungarn zeichnet sich durch eine in jeder Hinsicht bemerkenswerte Stabilität aus, und diese Stabilität dürfte nicht zuletzt aus der Perspektive des EU-Beitritts für die dortigen Länder erwachsen sein. Ganz anders ist dagegen die Entwicklung auf dem Balkan und im Kaukasus verlaufen, wo der Zusammenbruch Jugoslawiens und der Sowjetunion eine politisch fragmentierte und wirtschaftlich ruinierte Landschaft mit starken kulturell-religiösen Gegensätzen hinterlassen hat. Nicht weniger prekär ist die Situation im Nahen und Mittleren Osten, dem postimperialen Raum des früheren Osmanischen Reichs, der mehrere Jahrzehnte von England und Frankreich als Mandatsmächten des Genfer Völkerbundes verwaltet worden ist, bis er dann zwischen der Sowjetunion und den USA in Einflusszonen parzelliert wurde. Auch hier hat der Zusammenbruch der Sowjetunion weit reichende Folgen gezeitigt, die einerseits eine Chance zur Lösung lange verschleppter Probleme darstellen, andererseits aber auch eine erhöhte Konfliktintensität mit allen Gefahren und Risiken nach sich ziehen. Dieser Entwicklung können die Europäer nicht teilnahmslos gegenüberstehen.

Die Gegner eines EU-Beitritts der Türkei haben zuletzt argumentiert, gerade wegen der unabsehbaren und wohl auch unbeherrschbaren Risiken dieses Raumes sollten sich die Europäer von ihm so weit wie möglich fernhalten. Genau dies war gemeint, wenn darauf hingewiesen wurde, dass die EU nach einem Beitritt der Türkei eine unmittelbare Grenze mit Syrien, dem Irak und dem Iran sowie den Kaukasusstaaten Georgien und Armenien haben werde. Dahinter stand offenbar die Vor-

stellung, wenn man sich nur klein und möglichst unsichtbar mache, würden die weltpolitischen Unwetter schon an einem vorbeiziehen. Das Problem ist freilich, dass Europa infolge seiner Erweiterungsrounden längst zu groß geworden ist, als dass diese Strategie des Wegduckens noch funktionieren könnte. Europa wird so oder so eine direkte Grenze mit den genannten Krisengebieten haben; die Frage ist nur, wo diese Grenze verläuft: durch den Balkan oder am Euphrat. Je besser es der EU gelingt, die Türkei politisch an ihre Standards heranzuführen und sie zugleich wirtschaftlich zu stabilisieren, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Grenze am Euphrat und nicht durch den Balkan verläuft. Vor allem daran wird deutlich, dass das türkische Beitrittsersuchen nicht eine allein nach dem innereuropäischen Willen oder Nichtwillen zu behandelnde Frage ist, sondern dass darin eine Reihe von Faktoren eine Rolle spielt, die eher auf eine Angewiesenheit Europas von der Türkei hinauslaufen.

Die Türkei wird nur dann als ein Puffer zwischen Europa und den genannten Krisengebieten des Kaukasus sowie des Nahen und Mittleren Ostens wirken können, wenn sie bei Europa ist. Ist das nicht der Fall, wird sie nach einiger Zeit zum Bestandteil des Krisengebiets werden. Ursache dafür ist der Umstand, dass die Türkei im Augenblick drei politische Optionen hat, zwischen denen sie sich definitiv entscheiden muss. Es ist dies *erstens* die europäische Option, für die gegenwärtig die überwiegende Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Eliten eintritt.⁹ Daneben gibt es *zweitens* die großtürkische Option, also die politische Einflussnahme auf die Turkvölker Mittelasiens, mit der die türkische Politik zu Beginn der 90er Jahre kurzzeitig geliebäugelt hat. Auch wenn kaum wahrscheinlich ist, dass diese Politik erfolgreich sein, d.h. zur Bildung eines großtürkischen Reichs in Mittelasien führen würde, so ist doch absehbar, dass sie einen weiteren Konfliktfaktor in dieser ohnehin labilen Region darstellen würde. Eine solche Entwicklung kann nicht im Interesse der Europäer liegen, zumal sie auf eine innere Destabilisierung der Türkei hinauslaufen würde. Das gilt im übrigen nicht weniger für die *dritte* Option, die so genannte islamische Karte, bei der die Türkei versuchen würde, im Zeichen der gemeinsamen Religion auf den arabischen Raum Einfluss zu nehmen und damit wieder in die Rolle eintreten wür-

de, die sie als imperiale Macht über viele Jahrhunderte im arabischen Raum gespielt hat. Auch bei dieser Option ist unwahrscheinlich, dass die Türkei, wenn sie darauf setzen würde, einen längerfristigen und nachhaltigen Erfolg haben würde. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass damit die Großregion um einen weiteren Stör- und Krisenfaktor reicher wäre. Es gibt gute Gründe, warum die türkischen Eliten auf die europäische Option setzen, aber es wäre seitens der Europäer überaus unvernünftig anzunehmen, dass die Türkei, wenn ihr die europäische Option durch Beitrittsverweigerung genommen würde, vernünftigerweise auf das Spiel mit den beiden anderen Optionen verzichten würde. Die dadurch ausgelösten Krisen und wahrscheinlich auch Kriege in der Region dürften die Europäer in summa teurer zu stehen kommen als die jetzt projizierten Kosten des EU-Beitritts der Türkei.

Anmerkungen

- 1 Die unterschiedlichen Positionen hat Claus Leggewie in einem von ihm herausgegebenen Band zusammengestellt (vgl. Leggewie 2004).
- 2 Die von Samuel Huntington angestellten Überlegungen zu einer nach dem Ende des politisch-ideologisch geprägten Ost-West-Konflikts wesentlich kulturell-religiös determinierte Konfliktstruktur der Weltpolitik spielt natürlich auch in der muslimischen Welt als Bedrohungsszenario eine erhebliche Rolle (vgl. Huntington 1996).
- 3 Dazu ausführlicher Münkler (1991: 524ff.).
- 4 Zur Frage der europäischen oder asiatischen Identität Russlands vgl. Orlando Figes (2003: 380ff.).
- 5 Dazu ausführlich Rémi Brague (1993) sowie Krzysztof Pomian (1992: 14ff.).
- 6 Von mindestens ebensolcher Bedeutung wie diese politisch-kulturelle Spaltung ist die unterschiedliche Entwicklung des Christusbildes in der lateinischen und der griechisch-russischen Christenheit: der Leidensmann im einen, der Pantokrator im andern Fall; vgl. hierzu die Beiträge von Rémi Brague (1996) und Dan Diner (1996) in Otto Kallscheuer (1996); zur politischen Bedeutung des Investiturstreits vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde (1967).

- 7 Die Entstehung des Staates aus der Epoche der Konfessionskriege ist das zentrale Thema der Schule Carl Schmitts; vgl. hierzu zusammenfassend Roman Schnur (1962).
- 8 Mehr oder minder deutlich in diese Richtung weisende Überlegungen finden sich bei Peter Sloterdijk (1994) und Joscha Schmierer (1996).
- 9 Eine differenzierte, auch statistisch untermauerte Argumentation, die die Perspektive einer schrittweisen Anverwandlung der Türkei an Europa aufmacht, findet sich bei Jens Alber (2004).

Literatur

- Alber, Jens (2004): Gehört die Türkei zu Europa? – Ein Sozialporträt der Türkei im Lichte vergleichender Daten der Umfrageforschung, in: *Leviathan* 4/2004, S. 464-494.
- Bahr, Egon (2004): Die Türkei vor Europa. Schicksalsfrage der EU, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2004, S. 1458ff.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1967): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: *Säkularisation und Utopie*. Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart, S. 75-94.
- Brague, Rémi (1993): *Europa. Eine exzentrische Identität*, Frankfurt/New York.
- Brague, Rémi (1996): Orient und Okzident. Modelle ›römischer‹ Christenheit, in: Otto Kallscheuer (Hg.): *Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus*, Frankfurt a.M., S. 45-67.
- Cooper, Robert (2004): *The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty-First Century*, London.
- Diner, Dan (1996): Zweierlei Osten. Europa zwischen Westen, Byzanz und Islam. In: Otto Kallscheuer (Hg.): *Das Europa der Religionen, Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus*, Frankfurt a.M., S. 97-116.
- Diner, Dan (1999): *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*, München.
- Faber, Richard (1979): *Abendland. Ein politischer Kampfbegriff*, Hildesheim.
- Figes, Orlando (2003): *Nataschas Tanz. Eine Kulturgeschichte Russlands*, Berlin.

- Garton Ash, Timothy (2004): Freie Welt. Europa, Amerika und die Chancen der Krise, München.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien.
- Kagan, Robert (2004): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Berlin.
- Kallscheuer, Otto (Hg.) (1996): Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus, Frankfurt.
- Leggewie, Claus (Hg.) (2004): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt a.M.
- Münkler, Herfried (1991): Europa als politische Idee. Ideengeschichtliche Facetten des Europabegriffs und deren aktuelle Bedeutung, in: *Leviathan* 4/1991, S. 521-541.
- Münkler, Herfried (2003): Der neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg.
- Münkler, Herfried (2004): Staatengemeinschaft oder Imperium. Alternative Ordnungsmodelle bei der Gestaltung von ›Weltinnenpolitik‹, in: *Merkur* 2/2004, S. 93-105.
- Münkler, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom antiken Rom bis zu den USA, Berlin.
- Pomian, Krzysztof (1992): Europa und seine Nationen, Berlin.
- Schnur, Roman (1962): Die französischen Juristen im konfessionellen Bürgerkrieg des 16. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des modernen Staates, Berlin.
- Schmierer, Joscha (1996): Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie, Frankfurt a.M.
- Sloterdijk, Peter (1994): Falls Europa erwacht. Gedanken zum Programm einer Weltmacht am Ende des Zeitalters ihrer politischen Absence, Frankfurt a.M.